

**Antrag 70/I/2021 Jusos LDK**  
**Antiziganismus und antiziganistisch motivierte Diskriminierung strukturell bekämpfen!**

**Beschluss:** Annahme mit Änderungen

Der Rassismus gegenüber Sinti\*zze und Rom\*nja und Menschen, die dafür gehalten werden, wird in Deutschland nach wie vor offen ausgelebt.

Betroffene erleben täglich Anfeindungen und Diskriminierung in der Öffentlichkeit, in den Verwaltungs- und Sicherheitsbehörden, in Schulen, bei Inanspruchnahme von Dienstleistungen und Gütern. Betroffene haben mit Stigmatisierungen und strukturellen Nachteilen zu kämpfen und erleben ständige Benachteiligungen und Ausgrenzung. Circa die Hälfte der Deutschen teilt antiziganistische Einstellungen.

Es bedarf nach wie vor der Aufklärung und Sensibilisierung zum antiziganistischen Rassismus. Daher fordern wir:

- Aufklärung über (die Geschichte) von Sinti\*zze und Rom\*nja und Antiziganismus in Schulcurricula stärker anbinden, insbesondere der Porajmos, also der Völkermord und die Verfolgung von Sinti\*zze und Rom\*nja in Zeiten des Nationalsozialismus
- Zusätzlich sollen Bildungs- und Begegnungsprojekte für Jugendliche sowie Projekte in der Erwachsenenbildung zur Geschichte und Kultur von Sinti\*zze und Rom\*nja verstärkt gefördert werden
- Regelmäßige Sensibilisierungsmaßnahmen und Workshops in Bundes- und Landesbehörden, u.a. zur Entstehung, Erscheinungsformen, Auswirkungen sowie zur Bekämpfung von Antiziganismus
- Zivilgesellschaftliche Interessensvertretungen von Betroffenen und gegen Antiziganismus benötigen strukturelle und finanzielle Unterstützung in der sozialen Arbeit, Empowerment, Präventions- und Bildungsarbeit
- Politik „mit“ statt „über“ Betroffene: Einrichtung von Sinti\*zze und Rom\*nja-Beiräte auf Bundes- und Landesebene zur Beratung und Unterstützung von politischen Entscheidungen zur Teilhabe und Partizipation von Sinti\*zze und Rom\*nja. Berlin hat in der Novellierung des Partizipations- und Integrationsgesetzes (PartIntG) einen guten Vorschlag gemacht.

#### **Überweisen an**

AH Fraktion, Senat

#### **Stellungnahme(n)**

#### **Stellungnahme des Senats 2022:**

Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat auf Vorlage des Senats das im Juli 2021 veröffentlichte Partizipationsgesetz verabschiedet. In § 18 ist die Einrichtung eines Beirats festgehalten. In den Richtlinien der Regierungspolitik hat der Senat sich dazu bekannt, den Aktionsplan Roma in ein Landesprogramm zur Stärkung der Teilhabe von Romnja und Roma sowie gegen Antiziganismus gemäß den Evaluationsergebnissen des Aktionsplans zu entwickeln. Darüber hinaus ist festgehalten, dass es eine Ansprechperson zur Bekämpfung von Antiziganismus benannt wird. In der pädagogischen Aus- und Weiterbildung sowie in Rahmenlehrplänen werden rassistuskritische Kenntnisse über Geschichte und Gegenwart von Sintizze, Sinti, Romnja und Roma sowie Antiziganismus stärker und verbindlicher vermittelt.